

Fabrikschliessung. „Delokalisation“ der Neuenburger Maschinenfabrik Voumard wird zum Politikum.

„Die kennen weder Rücksicht noch Moral“

Am Freitag, 13. August, erfuhren die MitarbeiterInnen der Neuenburger Maschinenfabrik Voumard, dass das Unternehmen definitiv geschlossen wird. Als sie am folgenden Montag in den Betrieb kamen, waren die Maschinen abtransportiert, Schubladenschlösser gesprengt, die persönlichen Effekten der Beschäftigten geräumt und verpackt. „Eine üble Geschichte!“, sagt Gewerkschaftssekretärin Catherine Laubscher: „Eine Delokalisierung in zwei Tagen, so etwas haben wir noch nie erlebt!“

Das traditionelle Familienunternehmen Voumard in Hauterive, spezialisiert auf die Herstellung von Schleifmaschinen, war lange Zeit ein Prunkstück der Neuenburger Industrie. Vor sechs Jahren verkaufte die Gründerfamilie ihre Fabrik und die seit über siebzig Jahren führende Marke Voumard an die deutsche Peter-Wolters-Gruppe; Wolters selbst gehört zur US-amerikanischen Novellus-Gruppe, die neben industriellen auch finanzielle Aktivitäten betreibt. Seither gehe es bei Voumard „amerikanisch“ zu, sagt Laubscher.

Gewerkschafter verprügelt

Eine erste Entlassungswelle im letzten Jahr fand gänzlich ohne Konsultation der Gewerkschaft Unia statt. Auch diesen Juli erfuhr die Gewerkschaft zuerst über die Medien von der Delokalisierung des Betriebs nach Deutschland und der geplanten Entlassung aller 94 Beschäftigten. Eine Unia-Delegation versuchte darauf, an einer Pressekonferenz von Voumard teilzunehmen, doch die Sicherheitsfirma Protectas verhinderte den Zutritt mit Gewalt: Die GewerkschafterInnen und ein Kameramann des Westschweizer Fernsehens wurden von den Protectas-Agenten verprügelt.

Die erste Ankündigung der Schliessung fand eine knappe Woche vor den Betriebsferien statt, die bei Massenentlassungen obligatorische Konsultation der Sozialpartner fiel in die Sommerflaute. Es brauchte den Druck des Maschinenindustrie-Dachverbands Swissmem, bis die Direktion sich bereit erklärte, eine Unia-Delegation zu empfangen.

Dennoch hofften die Beschäftigten in den letzten Wochen auf eine mögliche Wende: die Übernahme der Firma durch die lokalen Manager oder den Kauf durch andere Interessenten. Selbst ein Rückkauf durch die Familie Voumard wurde von den Medien thematisiert. Der freisinnige Neuenburger Staatsrat Frederic Hainard stellte eine staatliche Kreditgarantie in Millionenhöhe in Aussicht, doch der verlangte Preis in Höhe von 25 Millionen Franken schreckte die interessierten Manager ab. „Das industrielle Potenzial des Unternehmens war intakt“, schätzt Unia-Sekretär Loic Dobler, „aber nicht mit einer Schuld von 25 Millionen.“ Und so kam es am 13. August zur sofortigen Schliessung; seit Anfang dieser Woche verhandelt die Unia über den Sozialplan. „Einfach ist es nicht“, sagt Dobler. Er hat die harte Hand des Unternehmens als Opfer der Protectas-Prügelei selbst kennengelernt: „Die kennen weder Rücksicht noch Moral.“

Hurnis grundsätzliche Frage

Die Schliessung, verbunden mit der Massenentlassung, wirft hohe Wellen im krisengeschüttelten Kanton. Unter anderem, weil die Firma in den letzten Jahren kurzarbeiten liess und dafür Gelder aus der Arbeitslosenkasse in Höhe von 3,3 Millionen Franken bezog. Auch dass der für seine rabauzigen Methoden bekannte - und unterdessen zurückgetretene - Volkswirtschaftsdirektor Hainard politisch angeschlagen war, gibt dabei Anlass zu Spekulationen. „Wer weiss, vielleicht wären die Voumard-Besitzer unter anderen Umständen mit weniger Arroganz aufgetreten“, sagt Baptiste Hurni, Parteipräsident der Neuenburger SozialdemokratInnen. Die SP will nun wissen, was genau zwischen dem Departement und der Voumard-Direktion verhandelt wurde.

Darüber hinaus stellt Hurni eine grundsätzliche Frage: „Wie kann man verhindern, dass Unternehmen, die während Jahren von Steuererleichterungen profitieren oder mit öffentlichen Geldern Kurzarbeit finanzieren, anschliessend einfach dichtmachen?“ Seine Parteisektion regt eine parlamentarische Initiative der SP-NationalrätInnen an, die die Stellung der Lohnabhängigen bei kollektiven Entlassungen stärkt. „Man könnte sich ein kantonales oder nationales Kontrollorgan vorstellen, das angekündigte Entlassungen überprüft und verbietet, wenn sie wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen sind.“

Helen Brügger. WOZ. Donnerstag 26.8.2010